



1221/1
ab Wahl ~~1962~~ 1962
Ö
STERREICHISCHE VOLKSPARTEI
LANDESLEITUNG VORARLBERG · BREGENZ MONTFORTSTRASSE 1

Herrn
Bundeskanzler
Dr. Alfons GORBACH
Bundesobmann der
Österreichischen Volkspartei
W i e n I.,
Kärntnerstr. 51

Telefon Bregenz 20 71
Postcheckkonto 35 408
Bankkonto: Hypothekenbank Vorarlberg 31842

Bregenz, den 20. 11. 1962

Ihre Nachricht vom:

3098/62
Ihre Zeichen:

Unser Zeichen: N/K

Betrifft:

Eingeschriebener Eilbrief!

Sehr geehrter Herr Bundesparteiobmann,
Lieber Freund,

das Landesparteipräsidium der Österreichischen Volkspartei Vorarlbergs hat in seiner gestrigen Sitzung zum Wahlausgang Stellung genommen und hiebei folgende Auffassungen zum Ausdruck gebracht, die wir Dir brieflich zur Kenntnis bringen mit der Bitte, sie sollen bei der Bundesparteileitungssitzung am kommenden Donnerstag eingehend behandelt werden:

- 1.) Die Österreichische Volkspartei soll den Bundesparteiobmann Dr. Alfons Gorbach neuerlich ersuchen, die Regierungsbildung zu übernehmen.
- 2.) Als Vertreter der Bundesländer in dem Verhandlungskomitee soll Landeshauptmann Dr. Figl in Aussicht genommen werden.
- 3.) Die Verhandlungen zur Regierungsbildung sollen so beharrlich geführt werden, daß sie sich auf keinen Fall in Zeitnot drängen lassen. In unserer Wählerschaft dürfte nicht nocheinmal der Eindruck entstehen, wir hätten "zwar die Wahl gewonnen, aber die Regierungsbildung verspielt."
- 4.) Rein aus taktischen Gründen im Hinblick auf die kommende Bundespräsidentenwahl sollte eine Einbeziehung der Freiheitlichen Partei Österreichs in die Regierung (Verhältnis 6:5:1) versucht werden.

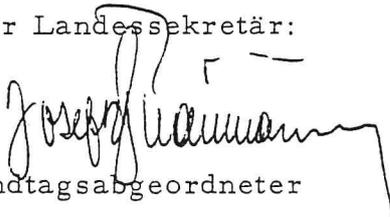
- 5.) Eine Vermehrung der Zahl der Ministerien ist aus optischen Gründen (Verwaltungsvereinfach ung!) zu vermeiden.
- 6.) Gemäß den bestehenden Plänen, wonach die einzelnen Betriebe der verstaatlichten Industrie ebenso wie alle Betriebe der Privatwirtschaft nach dem Aktienrecht wirtschaftlich auf sich allein gestellt werden sollen, ist eine zusammenfassende Organisation oder Verwaltung der verstaatlichten Betriebe aufzulassen.
- 7.) Der erfolgreiche Wahlausgang macht die Verstärkung der ÖVP-Stellung im kommenden Regierungskabinett selbstverständlich. In erster Linie ist anzustreben, daß das Innenministerium an die ÖVP übergeht und zwar nicht zuletzt im Hinblick auf den Streik der Exekutive und die Vorfälle in Berndorf. Erst in zweiter Linie wäre das Justizministerium für die ÖVP in Erwägung zu ziehen.
- 8.) Soweit im bisherigen Koalitionspakt (Punkt 5) das Wort Parlament enthalten war, soll es durch "Nationalrat" ersetzt werden, weil der Bundesrat als Länderkammer aus dem Koalitionspakt ausgeklammert sein soll. Damit wird die Kontrollfunktion der Länderkammer gegenüber den Beschlüssen von Bundesgesetzen herausgehoben, die ein Gegenstück zu Artikel 98 der Bundesverfassung darstellt.
- 9.) Um das Ansehen des Parlamentes zu stärken, sollen die Beschlüsse des Koalitionsausschusses über den Inhalt von Bundesgesetzen möglichst nur empfehlenden Charakter an den Nationalrat erhalten. Ist das nicht zu erreichen, so soll der Koalitionsausschuß endgültige Vereinbarungen nur abschließen, wenn vorher den Klubs Gelegenheit zur Prüfung der Vorlagen und zur Zustimmung gegeben worden ist.
- 10.) Bestimmungen über ein Durchführungsgesetz zum Volksbegehren sollen in den Koalitionspakt nicht aufgenommen werden, zumal die ÖVP niemals dem hiebei von den Sozialisten angestrebten Junktin einer Änderung der Verfassung bzw. der Nationalratswahlordnung zustimmen könnte, wonach künftig die Nationalratssitze nicht nach der Einwohner-, sondern nach der Wählerzahl verteilt werden sollen.
- 11.) Die Regierungserklärung soll nicht zu ausführlich gehalten werden; Hauptgewicht ist nicht zuletzt im Hinblick auf die kommende Integration auf die Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik auf der Grundlage

einer gesicherten Währung zu legen. Versprechungen wie eine bestimmte Zahl von Wohnungsbauten sollen vermieden sein. Es sollte angestrebt werden, Volkswohnungswesen und Mietenrecht durch Verfassungsänderung in die Kompetenz der Bundesländer zu überführen, um endlich einen Weg zur Lösung dieses brennenden Problems einzuschlagen.

Mit besten Grüßen!

Für die Landesleitung:

Der Landessekretär:


Landtagsabgeordneter

Der Landesparteiobmann:


Landeshauptmann